LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

26.04.2023
Drucksache 8/2561

öffentlich

Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

–

Fraktionen CDU, SPD und FDP

Berufung eines Bildungsforums zur Bewältigung der Schulkrise in Sachsen-Anhalt

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 8/2472**

Der Landtag wolle beschließen:

Maßnahmen konsequent weiter umsetzen - Bildungsland Sachsen-Anhalt zukunftsfest aufstellen

Der Landtag stellt fest, dass die enormen Herausforderungen im Schulsystem von der Landesregierung erkannt sind und Schritt für Schritt mit konkreten Vorhaben zur Personalgewinnung und weiteren Reformen im Bildungsbereich umgesetzt werden.

Die Landesregierung informiert und beteiligt auf formellem wie informellem Weg die bildungsrelevanten Gruppen. Intensive Beteiligungsprozesse wie der Schulfrieden und der bildungspolitische Dialog in der Staatskanzlei spiegeln neben der intensiven thematischen Behandlung im Bildungsausschuss des Landtages sowie in den regelhaften und zuständigen Gremien nach Schul- und Personalvertretungsgesetz den Willen zum konstruktiven Austausch wider. Im Rahmen des bildungspolitischen Dialogs wurden zuletzt wichtige und notwendige Maßnahmen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung vereinbart und bereits umgesetzt. Dazu gehören die bessere Bezahlung der Grundschullehrkräfte ab Schuljahr 2023/2024, die Modellprojekte zur Ganztagsbildung in Grundschule und Hort, die Flexibilisierung in der Fächeranwahl und das duale Anwärtermodell für die Lehramtsausbildung an der Otto-von-Guericke Universität in Magdeburg.

(Ausgegeben am 26.04.2023)

Außerdem konstituierte sich im November des Jahres 2022 die Expertenkommission zur inhaltlichen Weiterentwicklung des Schulsystems, deren Beratungsergebnisse zu langfristigen Reformvorhaben im Bildungsbereich einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen leisten sollen.

Der Landtag bittet daher die Landesregierung, über:

1. die Umsetzung der Ergebnisse des bildungspolitischen Dialoges insbesondere unter Berücksichtigung der Entwicklung der Unterrichtsversorgung im IV. Quartal 2023 im Bildungsausschuss zu berichten.

2. die Ergebnisse der Expertenkommission zur inhaltlichen Weiterentwicklung des Schulsystems und deren Umsetzung bis spätestens zum II. Quartal 2024 im Bildungsausschuss zu berichten.

3. die Umsetzung des beim bildungspolitischen Dialog beschlossenen dualen Studiums im IV. Quartal 2024 im Bildungsausschuss zu berichten.

Begründung

Die Landesregierung hat die im Koalitionsvertrag der regierungstragenden Parteien geforderte Einrichtung einer Expertenkommission umgesetzt. Die Kommission arbeitet zu den Themenfeldern der inhaltlichen Weiterentwicklung des Schulwesens, der inhaltlichen Weiterentwicklung der Lehramtsausbildung, der Professionalisierung der Lehrkräfte, den Übergängen zwischen den Schulformen und den zentralen Leistungserhebungen. Die Konstituierung sowie die fortlaufende Arbeit der Expertenkommission zeigt die Wichtigkeit, die die Landesregierung dem Thema Bildung schenkt.

Die Ziele schulischer Bildung, die Belange und Bedürfnisse der Erziehungsberechtigten und der Schülerinnen und Schüler werden weiterhin über den Landesschulbeirat, den Landeselternrat und den Landesschülerrat regelmäßig miteinander kommuniziert. In diesen Gremien finden die am Schulwesen unmittelbar beteiligten Gruppen und mittelbar beteiligten Einrichtungen und Verbände zusammen.

Zu zentralen Aufgabenfeldern hat die Landesregierung eine gemeinsame Antwort im Zuge des bildungspolitischen Dialogs formuliert. Über die Themen Vorgriffsstunde, duales Studium zur Lehrkräfteausbildung, Einrichtung von Budgets und die bessere Bezahlung der Grundschullehrkräfte wurden zentrale Maßnahmen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung und der künftigen Ausbildung neuer Lehrerinnen und Lehrer geschaffen. Mit der Vorgriffsstunde werden Kapazitäten im Schulsystem im Bereich von Beschäftigungsreserven eröffnet,

die auch in der vorläufigen Stellungnahme der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission gefordert werden. Zusätzliche Budgets ermöglichen die Beauftragung Dritter zur Schaffung und Gestaltung weiterer Maßnahmen im Bereich der schulischen Bildung. Auch das Lehramtsstudium wird hinsichtlich des kommenden dualen Studiums zeitgemäß ausgebaut. Zudem erfahren multiprofessionelle Teams in Schule ihren weiteren Ausbau. Dies zeigt sich in der erweiterten Einstellung von pädagogischen Mitarbeitern, aber auch von Schulverwaltungsassistenten. Im Bereich Digitalität hat das Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung erst am 20. April 2023 einen neuen Fachbereich öffentlich vorgestellt, der die Digitalität in Schule neu aufstellen wird. Alle genannten Maßnahmen müssen weiter umgesetzt werden und werden darauf aufbauend ihre Wirkung entfalten.

Guido Heuer	Dr. Katja Pähle	Andreas Silbersack
Fraktionsvorsitz CDU	Fraktionsvorsitz SPD	Fraktionsvorsitz FDP